



Niederschrift

58. Plenarsitzung des Gemeinderates
28. November 2023, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

5.

Punkt 4 der Tagesordnung: Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über die Gebühren für die Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung)

Vorlage: 2023/0878

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Betriebsausschuss Eigenbetrieb Abfallwirtschaft und Stadtreinigung

- a) die in **Anlage 1** beigefügte „Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über Gebühren für Abfallentsorgung“ (Abfallgebührensatzung) vom 9. Mai 1989, zuletzt geändert am 20. Dezember 2022
- b) die vollständige Einbeziehung der Überdeckung der Gebühren für Restmüllbehälter bis 1,1 cbm aus 2020 in Höhe von 554.979,76 Euro, aus 2021 in Höhe von 2.073.277,37 Euro sowie die teilweise Einbeziehung der Überdeckung aus 2022 in Höhe von 1.910.000,00 Euro in die Gebührenkalkulation 2024
- c) die Verrechnung der Überdeckung der Annahmegebühren auf Umladestation Schlebert 2019 in Höhe von 33.854,10 Euro mit den Unterdeckungen aus 2020 in Höhe von 392,27 Euro, aus 2021 in Höhe von 17.141,00 Euro, aus 2022 in Höhe von 16.320,83 Euro sowie die vollständige Einbeziehung der verbleibenden Unterdeckung aus 2022 in Höhe von 5.854,59 Euro in die Gebührenkalkulation 2024
- d) die vollständige Einbeziehung der Unterdeckung der Gebühren für Abfallmulden- und Presscontainer aus 2019 in Höhe von 19.789,34 Euro sowie die teilweise Einbeziehung der Unterdeckung aus 2021 in Höhe von 90.000 Euro in die Gebührenkalkulation 2024
- e) die Zurückstellung der Entscheidung bis zur nächsten Gebührenkalkulation für 2025 über die Verwendung der verbleibenden Unterdeckung 2021 (saldiert 46.520,57 Euro) sowie der verbleibenden Überdeckung 2022 (saldiert 736.948,59 Euro), insgesamt saldierte Überdeckung in Höhe von 690.428,02 Euro (**Anlage 3**).

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitliche Zustimmung (38 JA, 3 Nein, 2 Enthaltungen)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 4 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Betriebsausschuss Eigenbetrieb Abfallwirtschaft und Stadtreinigung am 8. November 2023:

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir sind nicht damit einverstanden, dass jetzt die finanzielle Belastung der Bürger durch Erhöhung der Abfallgebühren noch weiter zunimmt. Wir haben gerade erst in den Haushaltsberatungen weitere Abgaben für die Bürger beschlossen, die vonseiten der Stadt auf die Bürger zukommen, und jetzt werden sie hier noch von den Müllgebühren getroffen. Wir sind der Meinung, dass wir Möglichkeiten hätten, die Gebühren zu reduzieren. Zum Beispiel waren wir die Einzigen, die, als wir, ich weiß jetzt nicht, ob es letztes oder vorletztes Mal war, über den Wirtschaftsplan des Teams Sauberes Karlsruhe abgestimmt haben, dagegen waren, denn dieser Wirtschaftsplan beinhaltet, dass Müllsammelfahrzeuge ersetzt werden sollen durch Elektro-Müllsammelfahrzeuge, die drei Mal so viel kosten wie die konventionellen. Ein Sammelfahrzeug kostet dann 270.000 Euro, und die ganze Infrastruktur muss auch umgestellt werden. Wir hätten es lieber gesehen, wenn der eingeschlagene Weg der Nutzung von Erdgas weiter fortgesetzt worden wäre, denn wir müssen daran denken, nach der Abschaltung der Kernkraftwerke kommt ein großer Teil unseres Stroms, phasenweise der größte Teil aus Kohle, und dementsprechend dürfte das Erdgas am Ende sogar noch die umweltfreundlichere Variante sein, und die billigere sowieso. Und weil wir der Meinung sind, dass hier nicht alle Maßnahmen getroffen werden, die dazu geeignet wären, die Erhöhung der Gebühren zu minimieren, und dass wir hier über das Ziel hinausschießen, werden wir heute dagegen stimmen.

Stadtrat Zeh (SPD): Herr Dr. Schmidt, das ist scheinheilig, was Sie jetzt vorführen. Die Hauptursache für die Gebührenerhöhung hier ist die Weiterführung der Wertstofftonne, und das ist die Ursache. Durch Ihre beiden Stimmen auch ist nicht die gelbe Tonne eingeführt worden, die kostenfrei gewesen wäre, sondern wir müssen für die Wertstofftonne jetzt 4 Millionen Euro zahlen. Der zweite Block, warum erhöht werden muss, sind die höheren Löhne für die Mitarbeiter, aber das haben die natürlich auch durchaus verdient, wie jeder. Deshalb ist Ihre Argumentation absolut scheinheilig.

Der Vorsitzende: Wir kommen damit zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt.
– Das ist eine deutliche Mehrheit.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
18. Dezember 2023